

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Ein derartiges Abstimmungsresultat verlangt nach Massnahmen

Der Landtag nahm vergangene Woche offiziell das Ergebnis der Abstimmung zur Initiative auf Ergänzung der Verfassung zur Kenntnis

Drohung mit Teilmobilmachung

Der türkische Generalstabschef Dogan Güresch hat den kurdischen Separatisten mit einer Teilmobilmachung gedroht und die Entschlossenheit zur Niederschlagung des «Separatistenterrors» bekräftigt. In einem am Mittwoch von der türkischen Tageszeitung Milliyet veröffentlichten Gespräch erklärte Güresch, falls der Guerillakrieg der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sich ausweite, werde «der letzte Schlag...ausgeführt».

Vier Tote in Kroatien

Bei Zwischenfällen in den Krisengebieten Kroatiens in der Nacht auf den Mittwoch sind vier Menschen ums Leben gekommen und mehr als 20 verletzt worden. Das meldete Radio Zagreb. Das kroatische Radio beschuldigte die jugoslawische Armee und serbische paramilitärische Einheiten, die Zwischenfälle ausgelöst zu haben. Die schwersten Kämpfe wurden aus Ostslawonien gemeldet.

Recht auf Truppen

Der GUS-Oberkommandierende Marschall Jewgeni Schaposchnikow hat das Recht Russlands verteidigt, im Gebiet um Kalinigrad Truppen zu unterhalten. Der Marschall und künftige Verteidigungsminister Russlands sprach in Kalinigrad mit dem Oberkommando der Baltischen Flotte, Vertretern der Verwaltung und besichtigte Kasernen.

Bombenanschläge

Auf das Gerichtsgebäude der nordgriechischen Stadt Thessaloniki sind am späten Dienstagabend zwei Bombenanschläge verübt worden. Nach ersten Angaben der Polizei wurden zwei Stockwerke des Gebäudes im Stadtzentrum völlig zerstört. Als Täter bekannten sich gemeinsam die linksextremistischen Terrorgruppen «Revolutionärer Volkskampf» und «1. Mai».

484 148 Aids-Fälle gemeldet

Genf (spk/dpa) Insgesamt 484 148 Aids-Fälle haben 164 Länder der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf bis zum 31. März offiziell gemeldet. Innerhalb eines Vierteljahres hat sich die Zahl damit um etwa 37 500 erhöht, darunter allerdings nur 1316 Aids-Fälle aus dem Jahr 1992 selbst, berichtete die WHO am Mittwoch.

Die WHO-Statistik zeigt, dass die meisten der 164 Länder zuletzt weitere Aids-Fälle vom vergangenen Jahr oder sogar von 1990 angegeben haben. Die WHO schätzt, dass inzwischen annähernd zwei Millionen Menschen an der bisher unheilbaren Immunschwäche-Krankheit leiden.

(mö) - Der Landtag hat in seiner letzten Sitzung auch das Ergebnis der Volksabstimmung zum Initiativbegehren auf Ergänzung der Verfassung (Staatsvertragsreferendum) offiziell zur Kenntnis genommen und kurz diskutiert. Ein Ergebnis, das nach Auffassung des FBP-Fraktionssprechers Dr. Ernst Walch nicht einfach vom Tisch gewischt werden könne, sondern nach einer Analyse und nach Massnahmen verlange. Als Volksvertreter hätten die Abgeordneten hier eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Die Initiative der Gewerbe- und Wirtschaftskammer zur Einführung des Staatsvertragsreferendums hatte beim Urnengang vom 13./15. März 6281 Ja-Stimmen oder einen zustimmenden Anteil von 71,4 % erhalten. Etwas peinlich war, dass dem Landtag ein Ergebnisblatt vorgelegt wurde, das noch Additionsfehler aufwies, wie der VU-Abgeordnete Oswald Kranz feststellte.

Vom Puls des Volkes entfernt

Angesichts des eindeutigen Ergebnisses stellte sich für Dr. Ernst Walch die Frage, ob sich die Abgeordneten nicht zu weit vom Puls des Volkes entfernt hätten. Andererseits erhebe sich auch die Frage, ob der Landtag nicht eine Vorbildfunktion haben müsse, um das Volk auf Entwicklungen und Gefahren aufmerksam zu machen, um Entscheidungen mit historischer Tragweite gemeinsam mit dem

Volk vorzubereiten. Die von ihm angesprochene Analyse muss laut Dr. Ernst Walch auch die Hintergründe erforschen. Nachdem der mögliche Abschluss des EWR-Vertrages eindeutig Anlassfall für die Initiative gewesen sei, müsse der Landtag nun intensiv auf die künftigen Fragen der europäischen Integration, insbesondere auf den EWR und seine Auswirkungen auf unser Land eingehen. Es liege nun an der Regierung und am Landtag, hielt der FBP-Fraktionssprecher zusammenfassend fest, «mit einer sachbezogenen, ehrlichen, offenen Politik zu beweisen, dass wir uns auf jener Ebene bewegen, die von den Bürgerinnen und Bürgern gefordert wird».

Unterstellung zurückgewiesen

Mit seinen Fraktionskollegen Dr. Dieter Walch und Georg Schierscher hatte sich Dr. Ernst Walch im Dezember, als der Landtag die Initiative klar ablehnte, für eine Verbreiterung der Volksrechte im ausserpolitischen Bereich eingesetzt. Prompt wurde ihm letzte Woche von Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter unterstellt, dass er darum so gestimmt habe, weil das Ergebnis zwar nicht in diesem Ausmass, aber in seinem Prinzip voraussehen gewesen sei. Der FBP-Fraktionssprecher wies diese Unterstellung umgehend zurück, indem er auch an seine Veröffentlichungen und seinen Ein-

satz an öffentlichen Veranstaltungen im Vorfeld der Abstimmung erinnerte. Der Landtagspräsident zeigte sich erfreut darüber, dass die Abgeordneten den Mut gehabt hätten, ihren Standpunkt zu vertreten und ihm treu zu bleiben, obwohl sie damit rechnen mussten, dass sie vom Volk eines Besseren belehrt würden. Es werde vermutlich in Zukunft noch öfters Gelegenheit geben, wo die Abgeordneten versuchen müssten, auch dem Volk gegenüber einen bestimmten Standpunkt einzunehmen, der vielleicht nicht sehr populär sein werde. Mit dem FBP-Fraktionssprecher war der Landtagspräsident der Meinung, dass der Landtag die Konsequenz aus dieser Volksmeinung ziehen und in bezug auf die Aussenpolitik - soweit es sich um Staatsverträge handle - die entsprechenden Informationen und die Zusammenarbeit pflegen müsse.

Wie ein Damoklesschwert ...

Der Abgeordnete Dr. Walter Oehry (VU) hielt in der kurzen Debatte fest, dass jetzt das Volk möglicherweise über einen Vertrag entscheiden könne, der nach Auffassung von Regierung und Parlament im Interesse des verfassungsmässigen Auftrages zur Förderung der allgemeinen Volkswohlfahrt abgeschlossen werden sollte - aus der Überzeugung heraus, die Landtag und Regierung für eine bestimmte Richtung, in die unser Land

gehe, haben müssten. Und diese Überzeugung, diese Sicht in die fernere Zukunft, traue er bei allem Respekt dem Stimmbürger nicht in allen Fällen zu. Er wisse, bemerkte Dr. Walter Oehry, wie schwer es sei, Verpflichtungen für ein Land aus der Überzeugung heraus zu übernehmen, dass dies die einzige Wahl sei und nur die Wahl noch bleibe, den kleineren Nachteil sich aussuchen zu können, und nicht mehr den grösseren Vorteil. Dies aber dem Bürger beizubringen, sei ausserordentlich schwer. Das jetzige Ergebnis wird laut Dr. Walter Oehry «in all dem, was wir für die Zukunft planen, wie ein Damoklesschwert über unseren Entscheidungen hängen, sofern es sich um Staatsverträge handelt».

Zuwenig oder zuviel Information

Der VU-Abgeordnete Walter Schädler wies schliesslich die im Vorfeld der Abstimmung geäusserte Kritik zurück, das Volk sei in Sachen EWR zuwenig informiert worden. An der Information des Volkes habe es sicher nicht gefehlt, nachdem ja jeden Tag in der Zeitung über den ERW informiert worden sei. «Die Leute kommen schon gar nicht mehr draus vor lauter Information», bemerkte der VU-Abgeordnete.

(Die Stellungnahme des FBP-Fraktionssprechers finden Sie auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.)

Die Versprechungen bei Nachtragskrediten nicht eingehalten

Noch immer keine klare Regelung bei summarischen Nachtragskrediten, obwohl Regierungschef und Finanzminister Brunhart ein Versprechen abgab

(G.M.) - Die summarischen Nachtragskredite, die vom Landtag nach den bisherigen Gepflogenheiten in einem Block genehmigt wurden, bleiben ein immer wieder diskutiertes Thema im Landtag. Mit der Ergänzung des Finanzhaushaltsgesetzes war eine Neuregelung von Regierungschef Hans Brunhart zwar in Aussicht gestellt worden, doch enthielt der Regierungsantrag letztlich nur einen Änderungsantrag, wonach kleinere Summen bis 3000 Fr. (über Antrag des FBP-Abgeordneten Johann Kindle auf 5000 Fr. erhöht) nicht als Nachtragskredite vorgelegt werden müssen.

Die Regierung erachtet das heute geltende Recht für Nachtragskredite, schrieb die Regierung in einem Bericht an den Landtag, «als geeignetes Instrument zur Wahrung der Finanzhoheit des Landtags.» Dazu wies sie auf die Neue-

uerung hin, wonach neuerdings die bereits konsumierten Kreditansuchen getrennt von den echten Nachtragsersuchen dem Landtag vorgelegt werden. Eine grundsätzliche Änderung jedoch ist bislang nicht getroffen worden, obwohl entsprechende Zusagen des Regierungschefs als zuständigem Finanzminister vorliegen.

Der FBP-Abgeordnete Georg Schierscher setzte sich schon 1989 dafür ein, dass einzeln über die Kreditpositionen eines summarischen Nachtragskredites abgestimmt werden könnte. Damals erklärte Regierungschef Hans Brunhart im Landtag: «Die Regierung plant, im Laufe des Herbstes eine Revision des Finanzhaushaltsgesetzes einzubringen. Ich glaube, dass dann der Zeitpunkt wäre, diese Fragen auch aufgrund einer gesetzlichen Bestimmung zu definieren.»

Die Vorlage liess zwei Jahre auf sich warten, und dann sagte der Regierungschef auf eine ähnliche Frage dem Abgeordneten Schierscher, dass dieser «falsche Erwartungen» gehabt habe: «Die Frage, wie der Landtag über einen Finanzbeschluss abstimmt, ist nach meiner Auffassung nicht eine Frage des Finanzhaushaltsgesetzes, sondern der Praxis des Landtags.» Im Gegensatz zu seinem Versprechen zwei Jahre zuvor meinte der Regierungschef ausserdem: «Ich wende mich nicht dagegen, dass die Frage der Nachtragskredite im Gesetz näher definiert wird, ich möchte aber auch keine falschen Illusionen erwecken.»

Solche Illusionen hegt wahrscheinlich nicht mehr, wer einige Minuten später im Landtag vom Regierungschef über die Nachtragskredite zur Präzisierung seiner

vorherigen Aussage folgendes vernimmt: «Ich glaube nicht, dass es zielführend ist, so etwas im Finanzhaushaltsgesetz zu regeln.»

Der Landtag wird wohl gut daran tun, sich bei nächster Gelegenheit die Protokolle der Landtagssitzungen zu Gemüte zu führen, denn die widersprüchlichen Aussagen des Finanzministers erscheinen nicht zielführend. Allerdings muss sich jeder einzelne Abgeordnete vorher überlegen, ob er einen Einzelvorstoss in dieser Frage unternimmt oder nicht, denn Regierungschef Hans Brunhart kanzelte den FBP-Abgeordneten Georg Schierscher bei seinem Insistieren auf Änderungen in bezug auf Nachtragskredite mit den Worten ab: «Bei allem Respekt, Herr Abgeordneter, Sie sind nicht der Landtag.»

In den schweizerischen Alpengebieten drohen Grosslawinen

Zweithöchste Gefahrenstufe verhängt - Bis zu 100 Zentimeter Neuschnee - Schneechaos auf Alpenstrassen - Entspannung heute erwartet

Davos/Aldorf/Airolo (AP) Ausgiebige Schneefälle haben am Mittwoch in den Schweizer Alpen die Gefahr von Grosslawinen drastisch verschärft. Das Schnee- und Lawinenforschungsinstitut in Davos registrierte eine «grosse allgemeine Lawinengefahr» und verhängte damit über gefährdete Gebiete die zweithöchste Alarmstufe. Eine gewisse Entspannung wurde für den heute Donnerstag erwartet. Zahlreiche Strassenverbindungen und Pässe waren wegen Lawinengefahr oder grosser Schneemassen gesperrt.

Bis zum Mittwoch sind in den Tessiner Alpen sowie entlang dem Alpenhauptkamm - vom Monte Rosa über das Gotthardgebiet bis zum Maloja - 60 bis 110 Zentimeter Schnee gefallen, wie das Eidgenössische Institut für Schnee- und Lawinenforschung Weisfluhjoch/Davos in seinem jüngsten Lawinenbulletin berichtete. Die übrigen Alpengebiete erhielten zumeist 20 bis 50 Zentimeter Schnee. Stürmische Winde verursachten in verschiedenen Hangexpositionen umfangreiche Schneeverfrachtungen.

Am grössten war die Gefahr, dass Grosslawinen bis in die Täler donnerten, im Saastal, im Simplongebiet, im Goms, im ganzen Gotthardgebiet, im Raus-

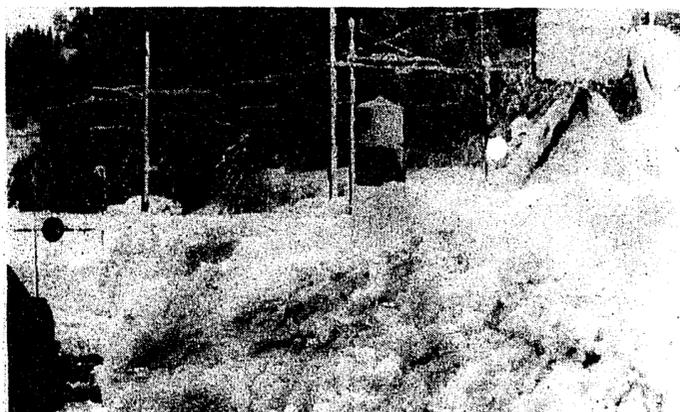
Rheinwald bis Maloja sowie im Tessin und dem Calancatal sowie dem Misox. Für diese Gebiete empfahlen die Lawinenforscher, bereits getroffene Sicherheitsmassnahmen für bedrohte Verkehrswege beizubehalten.

In den übrigen südlichen Walliser Bergen, der übrigen Zentralschweiz und dem restlichen Engadin einschliesslich Puschlav und Müntertal herrschte grosse örtliche Schneebrettgefahr an allen Expositionen oberhalb 1500 Metern. Am westlichen und östlichen Alpenordhang, im nördlichen Wallis, in Nordbünden und im restlichen Mittelbünden bestand erhebliche örtliche Schneebrettgefahr an Hängen der Expositionen West, Nord und Ost oberhalb 1700 Metern.

Im Lauf des Vormittags flauten die Schneefälle in weiten Teilen der Alpen langsam ab. Bis gegen Mittag wurde in hochgelegenen Gebieten innert vier Stunden ein Zuwachs von nur noch fünf bis sieben Zentimetern verzeichnet, wie Sievi Gliott vom Davoser Schnee- und Lawinenforschungsinstitut auf Anfrage erklärte. Er äusserte die Erwartung, dass die grösste Gefahr am Donnerstag vorbei sei. «So ausgiebige Schneefälle setzen sich er-

fahrungsgemäss rasch, und anschliessend verfestigt sich die Schneedecke», sagte Gliott. Er erinnerte dabei an den «Grossschneefall» vom vergangenen Dezember, als die Lawinengefahr innert weniger Stunden vorbeigewesen sei.

Angesichts der im Oberwallis dräuenden Lawinengefahr stellte das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) den Ausbildungsbetrieb auf dem Schiessplatz Glurigen der Fliegerabwehr (Flab) vorübergehend ein.



Überaus ergiebige Schneefälle sorgten im schweizerischen Alpengebiet für neue Lawinengefahren. Heute soll nach den Voraussagen der Meteorologen eine Entspannung der Lage eintreten.

LIEBE GEHT
LIEBE KOMMT
LIEBE BLEIBT

huber

Wahlzettel